

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion - Abt. Personalangelegenheiten

Kennzeichen
LAD2-GV-38/44-03

Frist

DVR: 0059986

Bezug

Bearbeiter (0 27 42) 9005
Mag. Gibisch

Durchwahl
12033

Datum
03. Juni 2003

Betrifft

Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes; (LVBG-Novelle 2003);
Motivenbericht

Hoher Landtag!

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 05.06.2003

Ltg.-28/L-1-2003

R- u. V-Ausschuss

Zum Gesetzesentwurf wird berichtet:

Zwischen dem Bund und der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes wurde eine Anhebung der Gehälter der öffentlich Bediensteten des Bundes wie folgt vereinbart:

- 1.) Im Monat Juli 2003 erhalten die Beamten des Dienststandes und die Vertragsbediensteten eine einmalige Abfindung im Ausmaß von € 100,--.
- 2.) Ab 1. Juli 2003 werden die Gehälter der Beamten und die Monatsentgelte der Vertragsbediensteten um 1 %, höchstens jedoch um € 18,9 erhöht.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Anhebung der Gehaltsansätze für die Landesvertragsbediensteten in gleicher Weise geregelt werden.

Im Hinblick auf die zwischen Bund und Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes getroffene Einigung über die Gehaltserhöhung war es zur Einhaltung des dadurch bedingten Zeitplanes notwendig, von einem Begutachtungsverfahren abzusehen.

Da die übrigen Parteien der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften vom Regelungsgegenstand nicht betroffen sind, wird das Informationsverfahren auf die Regierungsvorlage eingeschränkt.

Weiters wird zur Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG (Diplomanerkennungsrichtlinie) eine dem § 182 Z.1 2. Absatz bzw. Z.3 5. Absatz der Dienstpragmatik der Landesbeamten entsprechende Bestimmung aufgenommen.

Die Kompetenz des Landes zur Regelung des Gegenstandes des Entwurfs gründet sich auf Art. 21 B-VG.

Die Kosten für die Gehaltsanhebung (inklusive der Beamten; die DPL soll analog geändert werden) liegen für das Jahr 2003 bei rund 5 Millionen Euro (Einmalzahlung: 2,2 Millionen Euro, laufende Erhöhung: 2,8 Millionen Euro).

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes, LGBl. 2300, LVBG-Novelle 2003, der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluss fassen.

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung